



Pressemitteilung Nr. 16-033
vom 29.01.2010

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Jüttner: Respekt für schnelle Reaktion der Staatskanzlei

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat am Donnerstagnachmittag von der Staatskanzlei die Antworten auf den ersten Teil der Kleinen Anfrage zur Floridareise von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) erhalten. „Die Staatskanzlei hat innerhalb von zwei Tagen die Antworten zusammengetragen. Das verdient Respekt“, sagte SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner am Freitag in Hannover. „Es wäre schön, wenn öfter so prompt auf Anfragen der Opposition reagiert würde“, fügte Jüttner hinzu.

Nach der ersten Auswertung der Antworten bleibe Folgendes festzuhalten: Die Staatskanzlei bekräftigt, dass Ministerpräsident Wulff jeweils erst kurz vor dem Hin- bzw. Rückflug von der tatsächlichen Heraufstufung in die Business-Klasse erfahren habe. Die von ihm geleistete Nachzahlung habe die korrekte Höhe gehabt. Den ersten Kontakt mit Air-Berlin-Chef Joachim Hunold habe es anlässlich der Wahl von Herrn Wulff zum Ministerpräsidenten im März 2003 gegeben.

Die Staatskanzlei stellt ferner fest, dass es keine Entscheidungen der Landesregierung zugunsten von Air Berlin gegeben habe. Gleichwohl habe es Entscheidungen des Wirtschaftsministeriums als Aufsichtsbehörde für den Flughafen Hannover-Langenhagen gegeben, die die

Geschäfte von Air Berlin berührt hätten. Die Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft hätten zudem „stets die Interessen des Flughafens verfolgt“.

Die Staatskanzlei stellt ferner fest, dass Air Berlin niemals Fördermittel des Landes erhalten habe. Zudem habe das Land keine Sonderkonditionen für die Beförderung von Gästen mit Air Berlin erhalten. Air Berlin sei jedoch seinerseits von 2005 bis 2009 bei den Sommerfesten der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin als Sponsor aufgetreten, jeweils mit einem Betrag von 7500 Euro.

Zum Verhältnis des Ministerpräsidenten zu seinem väterlichen Freund Egon Geerkens, dem Gastgeber der Familie Wulff in Florida, erklärte die Staatskanzlei, vor seiner Zeit als Ministerpräsident habe Wulff nicht in geschäftlichen Beziehungen zu Geerkens gestanden. Firmen des Herrn Geerkens hätten in den vergangenen 30 Jahren keinerlei Fördermittel des Landes erhalten. Der heute als Ruheständler in der Schweiz lebenden Geerkens habe seit 2003 den Ministerpräsidenten auf drei Auslandsreisen begleitet. Die Nutzung seines Hauses in Florida habe Herr Geerkens der Familie Wulff kostenlos ermöglicht, so „wie es unter Freunden üblich“ sei. Der Aufenthalt der Familie Wulff in Florida sei ohne Sicherheitsbegleitung erfolgt. Auch vor Ort habe es keinen Sicherheitsdienst gegeben, der über den Ministerpräsidenten gewacht habe. Weitere Einladungen Dritter während des Urlaubs hätten sich auf „Plätzchenbacken“ und „Truthahnbraten“ beschränkt.

„Wir sind der Staatskanzlei dankbar für die getroffenen Feststellungen. Bis zum Beweis des Gegenteils müssen wir von deren Korrektheit ausgehen“, sagte Jüttner.

„Uns überrascht allerdings, dass die Aktivitäten von Air Berlin mindestens im Umfeld des sogenannten Nord-Süd-Dialogs Mitte Dezember 2009 auf dem Flughafen Langenhagen mit der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten nichts zu tun haben sollen.“ Ausweislich mehrerer Presseberichte hatte Air Berlin extra für diese Veranstaltung im Terminal C des Flughafens Sonderflüge für Party-

gäste von Berlin nach Hannover eingerichtet. „Hauptpersonen des Abends waren die Ministerpräsidenten Oettinger und Wulff. Sollten sie von diesem Service von Air Berlin etwa überrascht worden sein?“, fragte Jüttner.

Auch die Teilnahme von Egon Geerkens an mehreren Auslandsreisen des Ministerpräsidenten will nicht ganz stimmig erscheinen. „Warum reist ein ehemaliger Familienunternehmer, der in der Schweiz seinen Ruhestand und den Lohn seiner Arbeit genießt, als Teil einer Wirtschaftsdelegation gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten in ferne Länder“, meinte Jüttner. Zumal Herr Geerkens zu den sehr wenigen Personen gehört habe, die an allen drei Auslandsreisen teilgenommen haben. Die Antworten der Staatskanzlei, Geerkens sei von der IHK nominiert worden und hätte die Reisen selbst bezahlt, könnten nicht befriedigen. „Dass es Herr Geerkens nicht nötig hat, sich eine Reise bezahlen zu lassen, ist angesichts der Vita des ehemaligen Immobilieninvestors augenscheinlich. Dass aber ausgerechnet der väterliche Freund im Ruhestand immer wieder von einer IHK als Mitglied einer Wirtschaftsdelegation für Auslandsreisen des Ministerpräsidenten nominiert wurde, klingt etwas sperrig. Wenn Herr Wulff seinen Freund gerne dabei hat, kann er das doch ruhig sagen“, sagte Jüttner.

Der SPD-Fraktionschef erklärte zudem, er sehe mit Interesse den Antworten auf den zweiten Teil der Kleinen Anfrage entgegen, die sich mit der Zahl und der Qualität von Disziplinarmaßnahmen wegen des Verdachts der Vorteilsannahme bei niedersächsischen Landesbediensteten bezieht. „Die Anfrage des ‚Spiegel‘ hinsichtlich der Floridareise hat bei Herrn Wulff ja einen Bewusstseinsprozess in Gang gesetzt. Vielleicht gelingt uns das ja im Hinblick auf das Disziplinarrecht“, meinte Jüttner.

Zur Aussage des niedersächsischen CDU-Generalsekretärs Ulf Thiele, Air Berlin habe der CDU in Niedersachsen in den vergangenen zehn Jahren keine Spenden gemacht, sagte Jüttner: „Es ist gut, dass wir jetzt wissen, dass die Spende in Höhe von 10.500 Euro, die Air Berlin aus-

weislich des Rechenschaftsberichts 2005 der CDU Deutschlands gemacht hat, nicht in Zusammenhang gebracht werden kann mit den niedersächsischen Christdemokraten.“